

Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verantwortlicher Redakteur
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1330.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 192.

Mittwoch, 19. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterrichtsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verfertiger von Druckmaterialien — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Schwierigkeiten in Basel behoben.

Auch Einigung über die ausländischen Markguthaben in Deutschland.

Herzlicher Empfang des Zeppelins in England.

Lombardfuß 12 Prozent

Berlin, 19. August.

Die Reichsbank hat auf Grund des Ausweises vom 15. August beschlossen, den Lombardfuß mit Wirkung vom Mittwoch, dem 19. August, ab auf zwölf Prozent zu ermäßigen.

Vom Nerv der Dinge.

Die Arbeiten des Baseler Zehnerausschusses.

Die zahlreichen Ausschüsse von Bankfachverständigen, die in der letzten Woche in London tagten, aber zu einer Einigung über die Stillhalteaktion gegenüber den kurzfristigen Krediten, die Deutschland international gewährt worden waren, nicht kommen konnten, wurden zweckmäßigerweise von dem Zehnerausschuss der W.F.Z., der auch Wiggan-Kommission genannt wird, nach Basel eingeladen, damit endlich die Lage geklärt würde. Nach viertägigen Verhandlungen konnte endlich ein Verständigungsprotokoll am Dienstag nachmittag unterzeichnet werden. Es ist wert, daß man sich darüber einige Gedanken macht.

Vor einem Vierteljahr schien bei uns noch alles in bester Ordnung zu sein. Dann brach der Sturm herein. In ganz kurzer Zeit, beinahe in einer Woche flüchteten kurzfristige Kredite in der Höhe von mehr als 4 Milliarden Reichsmark aus dem deutschen Reichsgebiet heraus. Weiterer 5 bis 6 Milliarden hatten schon, wie die Jesuiten, ein Bein in der Luft, um gleichfalls flüchtig zu werden. Die Londoner Siebenmächte-Konferenz (noch dem aber einen tröstlichen Niesel vor. Allerdings reifere die Bankfachverständigen, denen man in großzügiger Weise die Regelung dieser Angelegenheit als Sachverständigen überlassen hatte, das in sie gesetzte Vertrauen nicht. Immerhin hat einer von ihnen, der größte Interessent, der Amerikaner Wiggan, das Meisterstück geschmiedet und durch den Zehnerausschuss der W.F.Z. Ordnung in die verworrenen Verhältnisse gebracht. Vom 18. August d. J. beginnend werden die in Deutschland noch stehenden, kurzfristigen Auslandskredite in der Höhe von über 5 Milliarden RM., gewiss keine Kleinigkeit, auf 6 Monate verlängert werden. Das Gleiche ist von dem Hundertmillionen-Dollar-Kredit zu erwarten, der von der W.F.Z. im Einvernehmen mit den Zentralbanken von USA, England und Frankreich der Deutschen Reichsbank gewährt wurde. Ueber das Markguthaben der ausländischen Privatbanken bei deutschen Banken, das die statische Höhe von 800 Millionen RM. ergab, konnte man sich in Basel nicht verständigen. Darüber werden jetzt in der holländischen und schweizerischen Presse die Tränen, Profitschänen, vergossen, die uns aber umso weniger rühren können, als die sonst so gemühtlichen Holländer und Schweizer bei den Kreditverhandlungen der letzten Wochen eine nicht gerade rühmliche Rolle spielten. Vor allen Dingen offenbarten die Holländer, die bekanntermaßen den Ueberfluß ihrer Gelder und Werten äußerst vorteilhaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet absetzen, eine Stockfischerart, die das Blut der künftigen Finanzsachverständigen in Wallung bringen konnte.

Der Bericht des Zehnerausschusses über die sofortigen weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands und die Möglichkeit einer Umwandlung eines Teils der kurzfristigen Kredite in langfristige wird zunächst dem Vorsitzenden der W.F.Z. zugeleitet werden, der ihn dann unmittelbar an den Vorsitzenden der Londoner Konferenz der Siebenmächte-Konferenz, den englischen Ministerpräsidenten MacDonald weitergeben wird. Schon aus den Verhandlungen des Zehnerausschusses ergab sich, daß von der deutschen Reichsregierung auf allen Gebieten weitere drastische Sparmaßnahmen durchgeführt werden sollen. Dabei ist der Umstand nur ein geringer Trost, daß auch den Gläubigerstaaten ähnliche Sparmaßnahmen nahegelegt werden. Jedenfalls, so will uns wenigstens scheinen, wäre die Reichsregierung, auch die Regierungen der Länder und die Stadtverwaltungen, klug beraten, wenn sie den Forderungen des Baseler Protokolls zuvor kämen und tunlichst umgehend die Maßnahmen trafen, die nun einmal nicht zu umgehen sind.

Das deutsche Volk muß allerdings Verständnis für die ungeheuer schwierige Lage haben, in der sich die Reichsregierung befindet, und für die Summen von Aufgaben, die möglichst schnell gelöst werden sollen, aber doch nicht über das Kräfte gebrochen werden können. Am letzten Sonnabend verhierte Dr. Brüning die deutschen Städte, daß das Problem der Gemeindefinanzen vom Reichskabinett mit besonderer Beschleunigung gelöst werden soll. Am Montag der laufenden Woche wurde der neue Ausschuss von Sachverständigen ernannt, der die völlig neue und in seiner Tragweite noch unübersichtliche Frage der Bankkontrolle durch das Reich zentralisieren und einer Prüfung nahebringen

Die Einigungsverhandlungen in Basel.

Basel. Die bis in späte Nachtstunden fortgesetzten Verhandlungen des internationalen Sachverständigenausschusses und des sogenannten Stillhaltekonfortinms wurden kurz vor 1 Uhr zu Ende geführt. In sämtlichen Punkten gelangte man nach langwierigen, oft unterbrochenen Verhandlungen zu einer Einigung. Diese gilt auch für die so heiß umstrittene Frage der ausländischen Markguthaben in Deutschland. Dieses Problem, dem von deutscher Seite erhebliche Bedeutung beigegeben wurde, ist, wie man hört, in der Weise gelöst worden, daß 20 Prozent dieser Guthaben sofort und der Rest allmählich abgezogen werden können. Das Abkommen über diese Frage sieht jedoch einen Vorbehalt vor, insofern, als die Reichsbank gewisse Maßnahmen treffen kann für den Fall, daß sich durch den Abzug dieser Markguthaben eine Gefährdung der Devisenlage der Reichsbank ergeben könnte. Der eigentliche Bericht des Stillhaltekonfortinms wird erst im Laufe des Mittwochs zur Unterzeichnung und zur Veröffentlichung kommen.

Auszug aus dem Bericht Lantons.

Basel, 19. August. Der gestern bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel unterfertigte, von Sir Lanton abgefasste Bericht ist nach Abschluß der hiesigen Finanzverhandlungen der Öffentlichkeit übergeben worden. Der Bericht umfaßt 21 Seiten Text und acht Anlagen und kommt in seinem Schlußwort zu folgender Bemerkung:

Wir schließen daher mit der ersten Rahmung an alle beteiligten Regierungen, in der Ergreifung der notwendigen Maßnahmen keine Zeit zu verlieren und unverzüglich eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, Finanztransaktionen durchzuführen, um Deutschland und damit der Welt die so dringend benötigte Hilfe zu bringen.

Der Bericht nimmt Bezug auf die am Freitag voriger Woche mit den Vertretern der Bankengruppe geführten Verhandlungen, die zur Einigung über einen Plan zur Verlängerung der kurzfristigen Kredite geführt haben. Dieser Plan sieht die Stillhaltung der dem deutschen Schuldner gegebenen Kredite in ihrer augenblicklichen Höhe für die Dauer von sechs Monaten vom Zeitpunkt der Unterzeichnung an vor. Der Bericht bringt hier also eine Bestätigung der bereits gemeldeten diesbezüglichen Stellungnahme des Ausschusses. Unmittelbar zwischen dem deutschen Schuldner und dem ausländischen Gläubiger wird jedesmal ein Einzelvertrag vorgeschlagen. Der Vertrag ist so formuliert, daß er keinesfalls mit den zwischen den Parteien früher bestehenden normalen Beziehungen im Widerspruch ist. In voller Würdigung der Tatsache, daß es im eigenen Interesse liegt, die Stabilität der Reichsbank auf jede Weise zu wahren, haben sich die ausländischen Gläubiger mit dem deutschen Schuldner dahin geeinigt, daß nur ein Teil ihrer Markguthaben (soweit der Rest dagegen erst nach und nach während der Laufzeit des Vertrages freigegeben werden soll. Vorgesehen sind auch zwei Formeln von zusätzlicher Sicherheit für die beteiligten Gläubigerregierungen, einmal soll die Haftung der Schuldnerbank durch eine unmittelbare Verknüpfung des letzten Krediterhalts ergänzt werden, andererseits wird vorgeschlagen, daß die Deutsche Goldkreditbank in gewissen Grenzen die Schulden der ausländischen Gläubiger übernimmt oder garantiert.

Was den Bedarf an langfristigen Krediten anlangt, so kommt der Ausschuss zu dem endgültigen Schluß, daß es im allgemeinen Interesse als auch im Interesse Deutschlands notwendig ist

1. das jetzige Volumen der deutschen Auslandskredite aufrechterhalten und
2. auf alle Fälle einen Teil der zurückgezogenen Mittel aus ausländischen Quellen zu ergeben.

Hinsichtlich der Umwandlung eines Teils der kurzfristigen Kredite in langfristige sagt der Bericht, daß in Anbetracht der politischen Gesamtlage und der auf Deutschland ruhenden Lasten es zur Zeit und auch weiterhin, wie schon auf der Londoner Konferenz zum Ausdruck kam, unmöglich

ist, eine langfristige Anleihe für Deutschland aufzunehmen. Es bleiben dann noch zwei grundlegende Schwierigkeiten, die offen aufgesetzt werden müssen. Die erste ist das damit verbundene politische Risiko. Solange die Beziehungen zwischen Deutschland und anderen europäischen Mächten nicht auf der Grundlage freundschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitigen Vertrauens beruhen und dadurch nicht eine wesentliche Ursache der inneren politischen Schwierigkeiten für Deutschland beseitigt wird, ist keine Gewähr für einen dauernden und friedlichen Wirtschaftsfortschritt vorhanden. Die zweite grundlegende Schwierigkeit ist die Tatsache, daß die Welt in den vergangenen Jahren verlust hat, zwei verschiedene sich widersprechende politische Prinzipien zu verfolgen, indem sie die Entwicklung eines internationalen finanziellen Systems aufrechterhält, welches die jährliche Zahlung großer Summen von Schuldnerländern an Gläubigerländern mit sich brachte und gleichzeitig der freien Güterbewegung Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Der Ausschuss hält es daher für seine Pflicht, die Gründe auseinanderzusetzen, die es zur Zeit unmöglich machen, endgültige Maßnahmen zu empfehlen, um für Deutschland langfristige Kredite zu sichern. Wenn der Ausschuss davon abläßt, in Einzelheiten gehende Vorschläge zu machen, so geschieht dies nur in der Überzeugung, daß man sich erst zu Maßnahmen, auf deren Erreichung er keinen Einfluß habe, entschließen muß, ehe irgendwelche langfristigen deutschen Anleihen, wie gut sie auch gedeckt sein mögen, untergebracht werden können.

Moratorium als Verständigungsfrist.

zu. Berlin. Die Kreditverlängerung ist nunmehr auf 6 Monate erfolgt. Wenn auch eine Verlängerung der kurzfristigen Kredite über sechs Monate hinaus in Aussicht genommen ist, so war doch die Frage des deutschen Bevollmächtigten Dr. Reichsior in Basel berechtigt, was nach sechs Monaten geschehen müsse. Er könne sich nur denken, daß innerhalb dieser Zeit die Verhandlung über die große Anleihe gefunden werde. In Berliner maßgebenden Kreisen sieht man tatsächlich das Moratorium auch als eine Verständigungsfrist für die Verhandlung, vor allem mit Frankreich an, da ja wieder in Basel befundet wurde, die große Anleihe sei eine politische Frage, die Deutschland mit allen Ländern zu lösen habe. Man hat in Berlin die Überzeugung, daß es gelingen werde, innerhalb der gegebenen Frist die große Auslandsanleihe flüssig zu machen. Innerhalb dieser Frist muß im übrigen aber auch die Frage der Reparationszahlungen aufgeworfen werden. Es ist — wie schon Hoover zu erkennen gab — erforderlich, daß rechtzeitig über die deutschen Reparationszahlungen nach Ablauf des Moratoriums verhandelt wird. In Berlin rechnet man damit, daß die Reparationskonferenz im Winter bereits stattfinden werde, und zwar auf Betreiben Amerikas.

Amerikanische Blätter zum Baseler Ergebnis.

New York. (Kunstsprache.) Die hiesigen Blätter bringen in großer Aufmachung die Empfehlungen des internationalen Sachverständigenausschusses in Basel, daß eine Revision der Reparationen vorzunehmen und politische Differenzen auszugleichen seien, sowie, daß es notwendig sei, die finanzielle Hilfe für Deutschland zu beschleunigen. Times schreibt in einem Leitartikel, der einen Ueberblick über die seit dem Beginn der deutschen Finanzkrise gemachten Fortschritte gibt, die Verlängerung der kurzfristigen Kredite auch für einen verhältnismäßig nur kurzen Zeitraum sei von großer Bedeutung, da sie ein Steigen des Vertrauens in Deutschlands Zukunft zeige. Dieses Vertrauen sei wesentlich gefördert worden durch das kürzliche Scheitern des reaktionären Anschlages auf die bestehende politische Ordnung in Preußen sowie durch die vom deutschen Volk während der letzten Monate bemiesenen Disziplin. Wie aus Washington gemeldet wird, wurde es in dortigen Regierungskreisen abgelehnt, zu den Empfehlungen des Baseler internationalen Sachverständigen-Ausschusses Stellung zu nehmen, da die Regierung erst nach eingehender Prüfung derselben zu Entschlüssen kommen könne.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in England

London, 19. August. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 10. August 2 714 359, was eine Zunahme von 1009 gegenüber dem Stande vom 27. Juli und um 663 622 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet.

soil. Schon am Tag darauf wurde das Problem neuer drastischer Sparmaßnahmen im Reich, in den Ländern und Gemeinden, das an sich schon seit Wochen Sorgen machte, durch das Baseler Protokoll erneut dringend. In diesen trübsamen Zeiten genügt wahrhaftig jedem Tag seine Sorge, wie schon die alten Römer sagten, aber jeder Tag bringt größere Sorgen und umfassendere Aufgaben.